



## Resolution der Mitgliederversammlung

### Stoppt den grausamen Welpenhandel

Die Massenproduktion von Hundewelpen für den Handel ist ein wachsendes lukratives Geschäft und ein ernstes Tierschutzproblem. Die Muttertiere werden in so genannten Massenzuchten sowohl hierzulande als auch im Ausland in jeder Läufigkeit belegt und unter tierschutzwidrigen, reizarmen Bedingungen gehalten. Die Welpen werden viel zu früh, noch vor der achten Lebenswoche, und ohne notwendige Impfung von den Muttertieren getrennt. Das frühe Absetzen führt bei den Tieren zu massiven Verhaltensproblemen und Krankheiten. Viele Junghunde sterben trotz intensivmedizinischer Betreuung. Durch den mangelnden Impfschutz sind auch die Gesundheit anderer Tiere und der Menschen stark gefährdet. Die Welpen werden über das Internet und Kleinanzeigen angeboten und unter grausamen Umständen über die Straßen zu ihrem Bestimmungsort transportiert. Deutschland ist dabei oft nur Transitland. Die notwendigen Begleitpapiere fehlen oder sind gefälscht. Die tierschutzwidrigen Transporte und die damit häufig verbundenen Verstöße gegen tierschutz- und/oder tierseuchenrechtliche Anforderungen werden nur zufällig im Rahmen von Straßenverkehrskontrollen oder aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung entdeckt. Sie gelten als Ordnungswidrigkeiten und werden, wenn überhaupt, nur gering geahndet. Die Hundewelpen, die im Rahmen dieser Kontrollen entdeckt werden, werden beschlagnahmt und in der Regel in den Tierheimen des Deutschen Tierschutzbundes untergebracht, da der Staat selbst keine Unterbringungen vorhält. Die involvierten Behörden bezahlen aber, wenn überhaupt, in den meisten Fällen nur einen Teil der dabei entstehenden Kosten und verweisen auf den Privatrechtsweg. Es ist allerdings für die Vereine sehr schwer möglich, die Kosten von den Züchtern im Ausland einzuklagen. In den allermeisten Fällen verbleibt ein fünf- bis sechstelliges Defizit beim gemeinnützigen Verein.

Das Leid der Hundewelpen steht zudem exemplarisch für das Leid der Muttertiere.

#### Die Mitgliederversammlung fordert

- Wir brauchen auch grenzübergreifende Sonderkommissionen „Hundehandel“. Die personellen und sachlichen Rahmenbedingungen für strikte Kontrollen und konsequentes Durchgreifen vor Ort – sowohl national als auch auf europäischer Ebene – müssen geschaffen und harte Strafen für die Verantwortlichen durchgesetzt werden.
- Die vollständige Kostenübernahme der Behörden bei einer Beschlagnahme muss zugunsten der Tierheime eindeutig gesetzlich geregelt und durchgesetzt werden.
- Die Bundesregierung muss endlich eine Heimtierschutzverordnung erlassen. Diese muss neben Zucht und Handel auch die verpflichtende Kennzeichnung und Registrierung von Tieren regeln und die Sachkundenachweispflicht des Halters vor der Anschaffung eines Tieres enthalten.